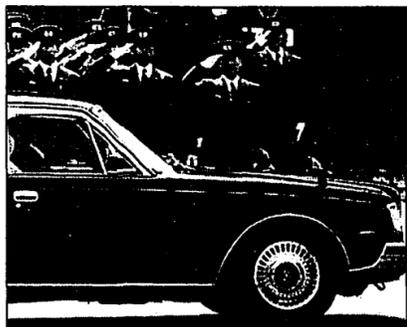


NACHRICHTEN

**Kabinettsumbildung:
Krise entschärfen**

JERUSALEM: Der israelische Ministerpräsident Ehud Barak will die Regierungskrise durch eine Kabinettsumbildung entschärfen. Dazu wollte Barak nach Angaben von Vertrauten bereits am Donnerstag Konsultationen mit verschiedenen Parteien aufnehmen. Die Knesset hatte am Mittwoch mit den Stimmen zahlreicher Koalitionsabgeordneter in erster Lesung für die Auflösung der Kammer und Neuwahlen drei Monate nach der endgültigen Verabschiedung des Gesetzes gestimmt. Barak wolle keine Minderheitsregierung bilden, sondern strebe im Wesentlichen die Neuaufgabe der bisherigen Koalition unter Einschluss der ultraorthodoxen Schas-Partei an, hiess es am Donnerstag. Neuwahlen lehnte Barak strikt ab. «Es wird keine vorgezogenen Neuwahlen geben, und die Minister, die gegen die Regierung gestimmt haben, haben sich selbst entlassen», sagte Barak nach der Abstimmungsniederlage in der Knesset am Mittwochabend im israelischen Fernsehen.

Trauerfeier für Obuchi

TOKIO: In Anwesenheit zahlreicher Regierungsvertreter aus aller Welt hat am Donnerstag in Tokio die Trauerfeier für den früheren japanischen Ministerpräsidenten Keizo Obuchi stattgefunden. Obuchi war am 14. Mai im Alter von 62 Jahren gestorben, nachdem er nach einem Schlaganfall sechs Wochen im Koma gelegen hatte. Etwa 6000 Menschen waren insgesamt bei der Trauerfeier anwesend. Die Veranstaltung in einer Sporthalle in Tokio wurde von 600 Ehrengardisten und rund 10 000 Polizisten abgesichert. Unter den ausländischen Gästen aus 180 Ländern befanden sich US-Präsident Bill Clinton, der südkoreanische Präsident Kim Dae Jung, der philippinische Präsident Joseph Estrada und der thailändische Ministerpräsident Chuan Leekpai. Unter den japanischen Teilnehmern waren Kronprinz Naruhito und Prinzessin Masako. Auch frühere japanische Ministerpräsidenten, Vorsitzende regierender und oppositioneller Parteien, Wirtschaftsführer sowie Wissenschaftler und Künstler erwiesen Obuchi die letzte Ehre. «Wir haben Sie verloren, aber wir werden unsere Kräfte sammeln», sagte Obuchis Nachfolger im Amt, Yoshiro Mori. Obuchis «konstruktiver Optimismus mit festem Willen» solle fortgesetzt werden. Dennoch sei Japans Zukunft noch ungewiss, sagte Mori. Clinton würdigte nach der Feier in einer verlesenen Botschaft Obuchis ausgleichende Art als Regierungschef. Nach seinem Amtsantritt 1998 habe er viel Mut bei der Bewältigung der globalen finanziellen Instabilität gezeigt.

**Tschetschenien: Putin
verstärkt Kontrolle**

MOSKAU/STRASSBURG: Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Donnerstag die politische Kontrolle über Tschetschenien verschärft und die Bildung einer Übergangsverwaltung für die abtrünnige Kaukasus-Republik angeordnet. Damit sei die bisherige Verwaltung des Vertreters der russischen Regierung, Nikolai Koschman, aufgelöst, meldeten die russischen Nachrichtenagenturen. Putin habe der Duma einen entsprechenden Gesetzesentwurf zugeleitet, teilte Kreml-Sprecher Sergej Gromow mit.

**Polen: Ministerliste
veröffentlicht**

WARSAU: Nach dem Scheitern der Mitte-Rechts-Koalition in Polen ist die Entscheidung für die neuen Minister der konservativen Minderheitsregierung gefallen. Demnach soll Jaroslaw Bauc neuer Finanzminister werden. Der 42-Jährige war bisher bereits stellvertretender Finanzchef. Der 51-jährige Lech Kaczynski, früherer Präsident des Rechnungshofes, soll das Justizressort übernehmen. Der bisherige Wirtschaftsminister Janusz Steinhoff soll zum stellvertretenden Regierungschef ernannt werden.

Milizen bekämpfen sich

Ausländer verlassen die Salomonen - Milizen ethnisch verfeindet

SYDNEY/LONDON: Angesichts der Kämpfe unter verfeindeten ethnischen Milizen verlassen Ausländer den Südsee-Inselstaat Salomonen. Die ersten von bis zu 1300 Ausländern gingen am Donnerstag im Hafen von Honiara an Bord des australischen Kriegsschiffs «Tobruk».

Insgesamt leben 45 Schweizer in der Region des Südpazifik, 39 auf Fidischi und sechs auf den Salomonen. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) habe ihnen bisher keine Weisungen gegeben, sagte eine EDA-Sprecherin auf Anfrage. Für den Fall, dass sich eine Evakuierung aufdränge, seien jedoch Massnahmen ergriffen worden.

Die Milizen kämpfen um die Vorrherrschaft auf der Hauptinsel Guadalcanal, bekannt durch die opferreiche Landung von US-Marines 1942 im Kampf gegen die Japaner. Dabei stehen die Eingeborenen von Guadalcanal, die sich zur Isatabu Freiheitsbewegung zusammenschlossen haben, gegen Siedler von der Nachbarinsel Malaitan, die sich «Malaitan Adler» nennen.

Die Kämpfe haben die Verschiebung des Besuchs einer Delegation des Commonwealth erzwungen. Ursprünglich wollte der australische Aussenminister Alexander Downer mit Ministerkollegen aus Malaysia, Botswana und Neuseeland am Freitag nach Honiara kommen.



1300 Ausländer verliessen den Südsee-Inselstaat Salomonen, weil sich ethnisch verfeindete Milizen heftige Kämpfe liefern. (Bild: Keystone)

Das Commonwealth-Sekretariat in London teilte am Donnerstag mit, die Lage auf den Salomonen sei nach dem Umsturz von Anfang dieser Woche «sehr unsicher». Die Minister-Delegation wolle nun voraussichtlich in der nächsten Woche auf die Salomonen und die Fidischi-Inseln reisen. Minister von acht Commonwealth-Staaten hatten am Dienstag in London ihre «tiefe Sorge» über den Putsch auf den Salomonen geäußert. Der Anführer der aufständischen Malaita Adlerstreit-

macht, Andrew Nori, teilte mit, er erwäge, einen vorübergehenden Waffenstillstand zu verkünden, sobald eine Delegation des Commonwealth eintreffe.

Nori Kämpfer hatten am Montag die Kontrolle über die Hauptstadt Honiara übernommen und lieferten sich auch am Donnerstag offene Strassenkämpfe mit der rivalisierenden Miliz. Am Mittwoch hatten lokale Medien gemeldet, Noris Gruppe habe den Krieg erklärt. Die Gruppe hatte zunächst

Ministerpräsident Ulufa'alu unter Hausarrest gestellt, ihn dann aber Mittwoch wieder auf freien Fuss gesetzt. In einer Woche soll das Parlament in einer Sondersitzung über einen Misstrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten abstimmen.

Auf den Fidischi-Inseln will die Commonwealth-Delegation von Rebellenführer George Speight einen Zeitplan für die Rückkehr zur Demokratie fordern. Dieses Ansinnen hat Speight bereits als «Einmischung» zurückgewiesen.

Gipfeltreffen der beiden Korea

Die koreanische Halbinsel im Bann des historischen Treffens

SEOUL: Nach 55 Jahren erbitterter Feindschaft zwischen Süd- und Nordkorea kündigt sich in der letzten Bastion des Kalten Kriegs ein politischer Klimawechsel an. Seit Wochen steht die koreanische Halbinsel im Bann des Gipfeltreffens zwischen Südkorea Präsident Kim Dae Jung und Nordkorea Macht-haber Kim Jong Il.

Dirk Godder

Der erste Gipfel in der Geschichte beider Länder von Pfingstmontag bis Mittwoch in Pjöngjang weckt neue Hoffnungen auf ein Ende der Teilung. Seoul und Pjöngjang einigten sich auf mindestens zwei Treffen der beiden Kims. Eine weit gefasste Tagesordnung sieht Gespräche über nationale Einheit, Frieden und Zusammenarbeit vor.

Seit den Tagen der Vier-Länder-Gespräche zwischen Süd- und Nordkorea auf der einen und ihren jeweiligen Verbündeten USA und China auf der anderen Seite sind die Erwartungen allerdings nicht mehr so hoch. Die Gespräche wurden nach der sechsten Runde im vergangenen August ohne Ergebnisse vorläufig auf Eis gelegt.

Friedensregelung

Fernziel der Gespräche war eine neue Friedensregelung für Korea, da nach Ende des Korea-Kriegs (1950-53) nur ein Waffenstillstandsabkommen zu Stande gekommen war. Damals geriet nicht nur Südkorea in Gefahr, vollständig überrollt zu werden. Auch der Weltfrieden insgesamt wurde durch die Kampfhandlungen auf der geostretisch wichtigen Halbinsel bedroht.

Mit dem Krieg wurde nicht nur die 1945 vollzogene Teilung der Halbinsel besiegelt. Misstrauen und Feindschaft vertieften sich und prägten bisher das Verhältnis beider Länder. Wie brüchig der Waffen-

stillstand ist, machte vor einem Jahr ein Seegefecht zwischen nord- und südkoreanischen Kriegsschiffen im Gelben Meer deutlich.

Bei den Vier-Länder-Gesprächen führten vor allem die Forderung Nordkoreas nach einem Abzug der US-Truppen aus Südkorea und einen separaten Friedensvertrag mit den USA zu einem Scheitern. Doch die Lehren aus der Vierer-Runde und anderen Vermittlungsversuchen brachte nach Meinung von Experten Seoul und Pjöngjang zur Einsicht, von sich aus eine neue Friedensinitiative zu ergreifen.

Isolation

Nordkorea selbst hat auch durch eine Reihe diplomatischer Vorstösse seinen Willen zum Ausbruch aus seiner Isolation signalisiert. In diesem Jahr nahm es diplomatische Beziehungen mit Italien und Australien auf. Auch besuchte Kim Jong Il

Ende Mai auf seiner ersten bekannt gewordenen Auslandsreise seit 17 Jahren Peking.

In der Zustimmung Nordkoreas zum Gipfel sehen Experten den Versuch, das Land vor dem schleichenden Zusammenbruch zu retten. Zu dem wirtschaftlichen Niedergang kommt eine chronische Versorgungskrise, die sich durch eine Reihe von Naturkatastrophen in den 90-er Jahren verschlimmert und möglicherweise zu Hunderttausenden von Hungertoten geführt hat.

Das prosperierende Südkorea ist bereit, nicht nur die Nahrungshilfe fortzusetzen, sondern auch auf Dauer Aufbauarbeit für den Nachbarstaat zu leisten. Als Gegenleistung verlangte Seoul von Nordkorea konkrete Schritte zum Abbau der Spannungen. So erwartet Südkorea Zusagen über ein Ende militärischer Provokationen und die Aufgabe des Programms zum Bau von Langstreckenraketen.



Seit dem Jahr 1953 ist Korea ein zweigeteiltes Land. Nordkorea lebt in absoluter Isolation. Nun laufen Gespräche zwischen den verfeindeten Staaten.